

Rechte der Einwohner beschnitten

Eine Mehrheit der Gemeindevertreter in Lüdersdorf lehnt ab, das Fragerecht der Bürger zu erweitern.

Lüdersdorf – Mit dem Wunsch, den Bürgern mehr Mitspracherechte als bisher einzuräumen, sind in der Gemeinde Lüdersdorf die SPD und die Wählergemeinschaft „Bürger für Lüdersdorf“ (BfL) gescheitert. Sie plädierten vehement dafür, dass in Einwohnerfragestunden auch Themen angesprochen werden dürfen, die in der nachfolgenden Sitzung der Gemeindevertretung behandelt werden.

Dagegen sprachen sich Mitglieder der CDU-Fraktion aus. Am Ende stimmten sieben Gemeindevertreter dafür, neun dagegen.

Damit bleibt Lüdersdorf auch nach der Neuwahl der Gemeindevertretung in diesem Jahr die einzige größere Kommune im Schönberger Land, die es ihren Bürgern verwehrt, in Einwohnerfragestunden Themen anzusprechen, über die die Politiker in einem späteren Tagesordnungspunkt beraten und beschließen.

Dieses Verbot führte in der Vergangenheit bei Einwohnern, kritisierte Bernhard Strutz (BfL) vor der Abstimmung. Er sagte: „Bürger sind enttäuscht, wenn sie auf der Tagesordnung einen Punkt lesen, der sie interessiert, dann aber in der Fragestundestunde keine Frage dazu stellen dürfen.“ Strutz forderte: „Wir sollten für mehr Bürgerfreundlichkeit sorgen.“

Die Gemeindevertreter unterbrachen ihre Sitzung, um in der Kommunalverfassung nachlesen zu lassen, ob der Wunsch aus den Reihen von SPD und BfL mit dem geltenden Recht übereinstimmt. Sie fanden keine Bestimmung, die widerspricht.

Aus einer Kommentierung der Gesetze lasen sie eine Empfehlung der Autoren, ein Fragerecht der Bürger, wie es SPD und BfL in Lüdersdorf fordern, nicht zuzulassen, weil es dem Grundsatz einer repräsentativen Demokratie widerspreche. Gemeindevertreter könnten beeinflusst werden.

Petra Zacharias (SPD-Fraktion) kommentierte die Kommentierung:

„Es scheint, als habe man Angst vor dem Bürger. Das entspricht nicht meinem Demokratieverständnis.“ Bei der Stellungnahme der Kommentatoren handele es sich nur um eine Empfehlung.

Mitglieder der CDU-Fraktion bekräftigten dagegen, Gemeindevertreter würden im Sinne einer repräsentativen Demokratie beraten und entscheiden. Sie seien von den Bürgern gewählt worden, um deren Interessen zu vertreten.

Bürgermeister Erhard Huzel (CDU) ergänzte:

„In Ausschusssitzungen ist es ja möglich, dass Bürger Fragen stellen.“

Die Hauptsatzung der Nachbarstadt Schönberg enthält im Gegensatz zu der von Lüdersdorf keine Vorschrift, die es Bürgern verbietet, in Einwohnerfragestunden Fragen zu stellen, die in Zusammenhang mit einem Thema stehen, das die Stadtvertreter anschließend behandeln.

Die Kommunalpolitiker in Selmsdorf und Dassow sind noch etwas weiter gegangen und stellen in den 2012 beschlossenen Hauptsatzungen klar:

„Die Fragen, Vorschläge und Anregungen können sich auf Beratungsgegenstände beziehungsweise Beschlussvorschläge, die im öffentlich Teil dieser Sitzung der Gemeindevertretung behandelt werden und sich auf Angelegenheiten der Gemeinde, für die diese und ihre Ausschüsse zuständig sind, beziehen.“

Damit haben die Kommunalpolitiker in Selmsdorf und Dassow gute Erfahrungen gemacht.

Der Selmsdorfer Bürgermeister Marcus Kreft (SPD) sagt:

„Als Mandatsträger sollte man immer Rede und Antwort stehen. Sonst versteckt man sich ein Stück weit.“

Anmerkung:

Hervorhebungen durch die „BfL“